GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Die Ökobank : eine Bank für die Frauenbewegung?

Lewe, Agnes

1985

https://doi.org/10.25595/799

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Lewe, Agnes: *Die Ökobank : eine Bank für die Frauenbewegung?*, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Jg. 8 (1985) Nr: 15/16, 131-141. DOI: https://doi.org/10.25595/799.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

beiträge
zur feministischen theorie und praxis



Geld oder Leben

15/16

ozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V.

beiträge
zur feministischen theorie und praxis



Geld oder Leben

15/16

1. Auflage, 1985
Eigenverlag des Vereins Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen, Köln (Herwarthstr. 22, 5000 Köln 1)
Gesamtherstellung: Farbo Druck & Grafik Team, Köln
Titel und grafische Arbeiten: Heidi Rautenberg, Köln

Impressum

beiträge
zur feministischen theorie und praxis

Hrsg: Sozialwissenschaftliche Forschung & Praxis für Frauen e. V.

8. Jahrgang (1985) Heft 15/16

Redaktion: Ute Annecke, Inge Hehr, Maria Mies, Carola Möller, Brunhilde Sauer-Burghard, Christa Wichterich

Mitarbeiterinnen dieses Heftes: Ute Annecke, Adelheid Biesecker, Marita Blauth, Angelika Blickhäuser, Birgit Cramon-Daiber, Ingrid Düßmann, Helga Grubitzsch, Lu Haas, Béatrice Hecht-El Minshawi, Heidi Heinisch, Dörthe Jung, Barbara Kavemann, Barbara Köster, Agnes Lewe, Dorothea Mey, Maria Mies, Monika Molter, Astrid Osterland, Barbara Rendtorff, Claudia Roth, Nawal el Saadawi, Brunhilde Sauer-Burghard, Irmgard Schultz, Claudia von Werlhof, Christa Wichterich, Susanne Zeller

Die „beiträge" erscheinen dreimal im Jahr. Preis des Einzelheftes ab Heft 13 DM 16,- (Heft 8-12 DM 14,-), Doppelhefte DM 28,-, Jahresabonnement (jeweils 3 Hefte) DM 38,-, Förderabonnement ab DM 60,-, Mitgliederinnenabonnement DM 35,-. Einzelhefte sind durch jede Buchhandlung oder ab Heft 8 durch den Verlag zu beziehen. Abonnements ausschließlich durch den Verlag. Abbestellungen spätestens drei Monate vor Ende des Kalenderjahres möglich. Der Verlag erzielt keinen Gewinn. Mitarbeit erfolgt grundsätzlich ohne Honorar. Copyright by the authors. Nachdruck nur mit besonderer Erlaubnis des Verlages und unter Quellenangabe gestattet. Sämtliche Verwertungsrechte an den Übersetzungen liegen beim Verlag. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden.

Verlags- und Redaktionsadresse: Herwarthstr. 22, 5000 Köln 1, Tel. 02 21/52 64 22. Konto: Sozialwissenschaftliche Forschung & Praxis für Frauen e.V., Konto-Nr. 7 192 032 Stadtsparkasse Köln (BLZ 370 501 98).

Vertrieb von Einzelheften und Abonnements: Verlagsbetrieb des Vereins Sozialwissenschaftliche Forschung & Praxis für Frauen.
Vertrieb für den Buchhandel: Frauenliteraturvertrieb GBR, Schloßstr. 94, 6000 Frankfurt/M. 90

INHALT

Editorial 5

Geld oder Leben

Ute Annecke, Maria Mies, Brunhilde Sauer-Burghard
Noch tanzt Rumpelstilzchen 7

Dorothea Mey
„Geld beruhigt echt . . .".
Über die Ruhe und die Unruhe, die der „Lohn für Liebe" mit sich bringt — gezeigt am Beispiel der Kurtisane Cora Pearl aus dem Paris des zweiten Kaiserreichs 19

Helga Grubitzsch
Konsumarbeiterinnen und Lockvögel: Frauen in der kapitalistische Konsumtion 35

Susanne Zeller
Vom „Gotteslohn" zum „Frauenlohn"
Die Bezahlung von Fürsorgerinnen unter der preußischen Besoldungsordnung nach dem ersten Weltkrieg 55

Irmgard Schultz
Über den Zusammenhang von Zeit — Geld und Geschlecht 65

Maria Mies
Brautpreis, Mitgift und Mitgiftmorde in Indien 77

Claudia von Werlhof
Kredite für Hausfrauen: Traum oder Alptraum? 94

Praxisberichte

Ingrid Düßmann
Kapitel aus einer noch unendlichen Geschichte 107

Lu Haas
Frauenbetriebe zwischen den Stühlen 111

Marie Raschke
Die Entwicklung der Frauenbank — ihre Ziele und Zwecke (1914) 126

Agnes Lewe
Die Ökobank — eine Bank für die Frauenbewegung? 131

Birigt Cramon-Daiber, Heidi Heinisch, Barbara Kavemann
Geld pflastert unseren Weg . . .
Drei Jahre Goldrausch-Frauennetzwerk Berlin e.V. 143

Christa Wichterich
SEWA 147

Dörthe Jung, Barbara Köster, Barbara Rendtorff
Frauenpolitik und Geld 149

Angelika Blickhäuser, Monika Molter
Mit dem garantierten Mindesteinkommen ins Paradies? 156

Diskussion

Adelheid Biesecker
Nicht-kapitalistisches Milieu und Hausarbeit — Mit welcher Berechtigung und welchem Erfolg stützt sich die feministische Theorie auf Rosa Luxemburg? 165

Adelheid Biesecker
Thesen zur Rolle der Gen- und Reproduktionstechnologie bei der gegenwärtigen Restrukturierung des Kapitals 180

Marita Blauth
Die Hälfte des Himmels — und ein ganzes Taxi 185

Dokumentation, Informationen

Kongreß „Frauen gegen Gentechnik und Reproduktionstechnik" (Resolution) 189

Claudia Roth, Maria Mies
Konferenz des internationalen feministischen Netzwerks gegen Reproduktionstechniken (FINNRET) 192

Christa Wichterich
Eindrücke vom Forum '85 und der 3. Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Nairobi 198

Béatrice Hecht-El Minshawi
Wissen ist Macht. Ein Gespräch mit der ägyptischen Feministin Nawel el Sadaawi 203

Christa Wichterich
Lose Gedanken zur Ausstellung "Die Braut" in Köln 209

Vorankündigung Heft 17 212

Rezension

Gisela A. Erler
Frauenzimmer — Für eine Politik des Unterschieds *(Astrid Osterland)* 213

Autorinnen 217

Agnes Lewe

Die Ökobank — eine Bank für die Frauenbewegung?

„Paradox ist", heißt es in einem Werbetext der Ökobank, „für den Frieden zu sein, aber sein Geld bei einer Bank zu haben, die damit die Waffenindustrie finanziert. Paradox ist, für den Umweltschutz zu sein und seinen Kredit bei einer Bank zu haben, die mit den Kreditzinsen und Provisionen Aktienpakete der Chemieindustrie kauft." Das soll anders werden. Seit etwa zwei Jahren betreibt der Verein der „Freunde und Förderer der Ökobank" die Gründung einer Bank, die ökologisch sinnvolle Projekte und selbstverwaltete Betriebe fördern soll. Bis März 1986 müssen 6 Millionen Eigenkapital aufgebracht und eine Bankstruktur entwickelt werden, die sowohl dem politischen Anspruch des grün-lila-bunten Spektrums der potentiellen Bankkunden als auch den Auflagen der Bankenaufsicht und des Kreditwesengesetzes genügen muß. Eines gleich vorweg: die Vorstellung, frau/mann könne durch die Gründung einer eigenen Bank den Rüstungsproduzenten und Umweltzerstörern wirkungsvoll Geld entziehen, wäre eine Illusion. Sie können sich ihr Geld jederzeit woanders holen. Interessant ist nur die Möglichkeit, im Rahmen einer alternativen Bank über eine alternative Verwendung unserer Gelder zu bestimmen. In diesem Artikel wird es darum gehen, zu untersuchen, inwieweit die Ökobank ein Projekt ist, das die Frauenbewegung unterstützen sollte. Dabei geht es im wesentlichen um drei Punkte:

— lassen sich die politischen Inhalte der Ökobank mit denen der Frauenbewegung vereinbaren?

— bietet die Ökobank von ihrer Struktur her genug Möglichkeiten für Frauen, dort sinnvoll mitzuarbeiten?

— brauchen wir eigene Finanzinstitute und wie könnten sie aussehen?

Bankpolitik

Was also will die Ökobank mit dem Geld anfangen, das ihr nach der Gründung in Form von Spargeldern zur Verfügung gestellt wird?
Die Verwendungsmöglichkeiten werden zur Zeit im Ökobankverein diskutiert. Dabei kristallisieren sich zwei Bereiche heraus: 1. sollen selbstverwaltete Betriebe besonders gefördert werden und 2. die Entwicklung und Herstellung ökologischer Produkte. Daneben soll die Bank ein ganz normales Spar- und Kreditgeschäft betreiben, von dem lediglich „Umwelt- und Friedensfrevler" ausgeschlossen sind. Praktisch sieht das so aus, daß die normalen Kundinnen und Kunden zum Marktzins bedient werden, während die förderungswürdigen Ökos und Selbstverwalter einen niedrigen Zins zahlen müssen. Sparer erhalten ebenfalls Marktzins auf ihre Guthaben, können jedoch auf ihre Zinsen verzichten und damit die Förderungsmöglichkeiten vergrößern.
Um einen ungefähren Überblick zu haben, um welche Summe es bei der Ökobank gehen wird: Das Kreditvolumen darf das 18fache des haftenden Eigenkapitals nicht überschreiten. Das sind bei 6 Millionen Eigenkapital 108 Millionen, die an Krediten ausgeschüttet werden können. Weil die Kredite relativ breit gestreut sein werden und spekulative, risikoreiche Großkredite (wie bei anderen Banken) gar nicht erst gegeben werden, ist das Geld der Sparer mindestens so sicher wie bei einer anderen Bank.

Bankorganisation

Organisiert werden soll das Ganze in Form einer Genossenschaftsbank. (Hier gibt es noch Probleme mit dem Dachverband der Kreditgenossenschaften in der BRD, die aber in diesem Zusammenhang nicht näher erläutert werden müssen.) Praktisch bedeutet das: interessierte Menschen erwerben Genossenschaftsanteile (ähnlich den Aktien), die das Eigenkapital der Bank bilden. Im Unterschied zur Aktiengesellschaft, hat in einer Genossenschaft aber jede/r Inhaber/in von Genossenschaftsanteilen nur eine Stimme, ganz gleich wieviele Anteile sie/er hält. In der Mitgliederversammlung, die u.a. die Satzung und den Vorstand bestimmt, sind also alle gleich, niemand kann mit einem dicken Kapitalanteil Politik machen.
Eine Genossenschaftsbank hat einen Vorstand, der aus mindestens zwei hauptamtlichen, qualifizierten Bankdirektoren/innen bestehen muß, die mindestens drei Jahre in vergleichbaren Positionen tätig waren (Vorschrift des Kreditwesengeseztes) und einen Aufsichtsrat. Sie muß Mitglied bei einem genossenschaftlichen Prüfungsverband sein und unterliegt der Überwachung durch das Berliner Aufsichtsamt für das Kreditwesen. Dies ist in sehr groben Zügen die Bankstruktur, in der sich die Ökobank bewegen muß, wenn sie in der geplanten Form realisiert werden kann.

Enge Grenzen

Es zeigt sich: der Spielraum für alternative Politik ist eng! Dennoch ist es möglich, durch Zinsverzichte und eine sanfte Kreditpolitik andere Akzente zu setzen, wie es andere Kreditinstitute übrigens schon tun. Hier ist besonders die antroposophische GLS-Bank (Bank für Geben, Leihen, Schenken) zu nennen, die Leihgemeinschaften organisiert und finanziert. Dabei wird die Kreditsumme an ein Projekt ausgezahlt, die Tilgung erfolgt durch eine Gruppe von Leuten, die sich dazu verpflichtet, aber nicht mit dem Projekt identisch sein muß. Die Bank übernimmt also praktisch die Vorfinanzierung in Fällen, wo Leute nicht in der Lage sind, auf einen Schlag 1.000 Mark zu spenden, aber gern 50 Mark im Monat geben. Die Zinsen werden dabei auf die sich verringernde Restsumme erhoben. Eine andere Art sanfter Kreditpolitik sind zum Beispiel Zinsrückzahlungen bei einem guten Jahresergebnis, wie sie in manchen Kreditgenossenschaften in den USA geleistet werden oder die endgültige Festsetzung des Zinssatzes erst am Jahresende (das erfordert allerdings eine ungefähre Vorgabe der zu erwartenden Zinshöhe, um den Kreditnehmern eine Rücklagenbildung zu ermöglichen). Das bedeutet lange Laufzeiten, genaue Absprachen und intensive Beratung — der Ökobankverein hat eine eigene Bankfachgruppe, die sich unter anderem auch mit alternativer Kreditpolitik beschäftigt.
Des weiteren werden Modelle diskutiert, die vorgegebenen Strukturen so weit wie möglich auszunutzen. So sollten der Vertreterversammlung (wegen der erwarteten Größe der Ökobank kann es keine Generalversammlung geben, vgl. § 43a GenG), dem Aufsichtsrat und den Mitarbeitern der Bank alle gesetzlich möglichen Mitwirkungsrechte eingeräumt werden. Vor allem will der Verein ein Netz von dezentralen Kreditvergabebeiräten aufbauen, die die Vergabe von Förderkrediten an selbstverwaltete und ökologische Projekte vorbereitet, inhaltlich prüft und an die Ökobank zur abschließenden betriebswirtschaftlichen Prüfung weiterleitet. Die Kreditvergabe geschieht durch die Bank, kann aber einem Projekt, das inhaltlich und betriebswirtschaftlich o.k. ist, nicht mehr verweigert werden.
Die Kreditvergabebeiräte sollen sich im Idealfall entlang bereits bestehender Strukturen, Netzwerke und anderer regionaler Zusammenschlüsse entwickeln. Sie sollen sich zusammensetzen aus Vertreter/innen, der selbstverwalteten Betriebe, Initiativen und Gruppen. Ihr Aufbau ist neben dem Geldsammeln für das Gründungskapital das wich-

tigste Anliegen des Vereins der Freunde und Förderer der Ökobank. Auch nach Gründung der Bank soll dieser Verein weiter bestehen und die politische Arbeit in diesen Gremien weiterführen. Alles in allem ein ziemlicher Aufwand, diese Ökobank, der der Rechtfertigung durch politische Inhalte dringend bedarf.
Ziel der Ökobank ist die Förderung selbstverwalteter und ökologischer Betriebe. Durch diese gezielte Förderung und die damit verbundene Beratungstätigkeit wird die Arbeit der Ökobank zweifellos auch ordnungs- und strukturpolitisch wirken. Die Diskussionen sind noch im Gang, aber die Tendenzen sind erkennbar, z.B. in den Förderkriterien für selbstverwaltete Betriebe, die sehr hoch angesetzt sind.

Förderung selbstverwalteter Betriebe

Zunächst einmal liegt die Betonung auf „Betrieb", das heißt, nur Projekte, die erwerbswirtschafltich arbeiten (wollen), kommen für eine Förderung überhaupt in Frage, weil nur sie den Kredit zurückzahlen können.
Ferner wird erwartet, daß die Betriebe von Anfang an Löhne zahlen, die jedoch leistungsunabhängig sein sollen. Das heißt, sie sollen den persönlichen Bedarf decken. Was das im einzelnen bedeutet — sowie die gesamte Betriebspolitik — soll von denen bestimmt werden, die in dem Betrieb arbeiten. Das Kapital soll neutralisiert werden. Das heißt, niemand soll aufgrund der Tatsache, daß er/sie mehr Geld in den Betrieb eingebracht hat, mehr zu sagen haben als die anderen. Formell kann diese Neutralisierung zum Beispiel dadurch geschehen, daß das Kapital in eine Stiftung eingebracht wird oder daß der Betrieb als Genossenschaft betrieben wird. Des weiteren wird von dem förderungswürdigen Betrieb soziale Absicherung der Beschäftigen erwartet sowie ein modellhaftes Verhalten z.B. bei der Ausbildung und der Besetzung von Arbeitsplätzen mit Frauen, der Organisation der Kinderbetreuung, der Kooperation mit anderen selbstverwalteten Betrieben und der Unterstützung nicht erwerbswirtschaftlich arbeitender Projekte.

Frauenprojekte

Diese Kriterien sind nicht absolut, jeder Förderantrag wird individuell behandelt werden, dennoch steht die Kennerin von Frauenprojekten staunend vor diesem Berg von Anforderungen (und vielen Männern wird es ähnlich gehen). Das größte Problem: die wenigstens Frauenprojekte sind gewerblich ausgerichtete Betriebe. Es hat immer den Wunsch gegeben, daß Frauenprojekte auch bezahlte Frauenarbeitsplätze sein oder werden sollten. Geschehen ist das in den wenigsten Fällen. Hier wäre eine gründliche Analyse nötig. Wenn es Arbeitsplätze gibt, dann in den Projekten im sozialen Bereich, meist mit Mitteln aus staatlichen Töpfen. An den gewerblichen Bereich haben sich die wenigstens Frauen herangetraut, was nicht verwundert, liegt doch der Schwerpunkt unserer traditionellen Qualifikation im Sozialen, in der Erziehung/Bildung. Die klassischen Frauenprojekte, z.B. Buchverlag und -handel, haben ebenfalls eine starke soziale, pädagogische Tendenz — und ohne staatliche Unterstützung oft nicht die Möglichkeit, Arbeitsplätze zu finanzieren.
Die Zeiten ändern sich aber. Frauenbetriebe sind möglich — wir müssen allerdings unsere Vorstellung von „Frauenprojekten" verändern: Nicht jeder von Frauen geschaffene Arbeitsplatz muß in einer feministischen Tätigkeit bestehen, er muß keine feministischen Inhalte haben. Wenn er von Frauen selbstbestimmt organisiert ist, muß es noch nicht einmal eine Männerbranche sein. Warum nicht die selbstverwaltete Putzkolonne, das Friseurinnenkollektiv? (Natürlich sind das typische Frauenberufe. Aber wenn dort qualifizierte Frauen sind, sollen die denn erst auf Schlosserin umschulen?

Viele werden das auch gar nicht wollen oder können.) Die Putzkolonne gibt es tatsächlich in Löwen/Belgien und den Frisiersalon in Amsterdam.
Gehen wir von solchen Ideen aus und sehen uns noch einmal die Kriterien der Ökobank an: bezahlte Arbeit bei Trennung von Lohn und Leistung, Kapitalneutralisierung, Selbstverwaltung, Vernetzung mit anderen Projekten. Das kann diskutiert werden, auch unter dem Aspekt der Umrüstung für ein bisher nicht erwerbswirtschaftliches Projekt. Allerdings ist eine intensive Beratung notwendig, die an den besonderen Problemen und Voraussetzungen von Frauen ansetzt. Hierzu hat es noch keine Diskussion in der Ökobank gegeben. Ich meine nicht eine Frau als Ansprechpartnerin im Gremiendschungel, „unsere Kreditsachbearbeiterin für Frauenprojekte", sondern die Beschäftigung aller mit der Frage, wie die Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitmarkt mit den Mitteln, die der Ökobank zur Verfügung stehen, zu bekämpfen ist.

Ökologie

Zweites politisches Ziel der Ökobank ist, die Herstellung von ökologisch sinnvollen Produkten zu fördern. Betriebe, die mit dieser Begründung einen Antrag auf Förderkredit stellen, müssen nicht unbedingt selbstverwaltet sein. Ist die Aufstellung von Kriterien für selbstverwaltete Betriebe schon nicht einfach, so wird es hier erst recht schwierig. Schon der Begriff ist unklar. Soll er sehr eng definiert werden (nein!) oder so weit, daß er den Schutz von Menschenrechten mit einschließt? Die Diskussion stellt auch fachlich hohe Anforderungen — wer weiß schon Bescheid über die technischen Aspekte des Baus von Sonnenkollektoren. Auf der anderen Seite ist Ökologie aber den meisten Menschen näher als Selbstverwaltung. Umweltschutz wollen alle, selbstverwaltet arbeiten kann/will nur eine Minderheit. Die Ökobank wird sich abhängig machen (müssen) von Fachleuten und Forschungsinstituten, die demokratische Kontrolle wird schwierig sein.
Für Frauen sind noch ein paar extra Hürden eingebaut: die Entwicklung und Verwertung neuer Produkte setzt die Existenz eines Betriebes meist schon voraus; die wenigsten Erfindungen werden nur auf dem Papier gemacht. Zu diesem technischen-naturwissenschaftlichen Bereich haben aber selten Frauen Zugang. Sie haben sehr wohl die Möglichkeit, in der Hauswirtschaft ökologisch kreativ zu sein, der Schritt zur Verwertung solcher Ideen ist aber groß, und es besteht die Gefahr, daß sie der Frau aus der Hand genommen wird. Diesem Bereich sollte besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Das wäre m.E. ein Beispiel für gute Strukturpolitik, wie sie die Ökobank betreiben könnte. Womit das dritte Ziel der Ökobank angesprochen wäre: eine alternative Ordnungs- und Strukturpolitik.

Strukturpolitik

Die Ökobank kann zum einen ordnungspolitisch eingreifen, indem sie bestimmte nicht-kapitalistische Merkmale fördert wie Selbstverwaltung, Kapitalneutralisierung, Umweltverantwortung. Sie kann auch weitergehend die Aufhebung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit und die Aufhebung der geschlechtlichen Arbeitsteilung thematisieren, wie es in internen Diskussionen auch geschieht.
Außerdem wird sie durch die regionalen Kreditvergabebeiräte und die Betonung des Vernetzungsgedankens Einfluß auf die Gestaltung der selbstverwalteten und ökologischen Betriebslandschaft nehmen. Nicht durch Verhindern, sondern durch Steuerung und Beratung von Betriebsgründungen. Das mag zunächst erschreckend klingen. Anhänger/innen der freien Marktwirtschaft sollten aber überlegen, was es bedeutet, wenn in einer Stadt die dritte selbstverwaltete Schreinerei den beiden bestehenden den ohne-

hin knappen Auftragsbestand noch schmälert, während woanders vielleicht eine fehlt. Sicher ist das ein heikler Bereich, der auch in der Ökobankdiskussion lieber ausgeklammert wird. Dazu besteht m.E. aber keine Veranlassung. Falsch wäre es, sich die Bank als eine Art Genehmigungsinstanz vorzustellen, der Schwerpunkt sollte eher bei der Kommunikation liegen, — und hier hat sie als bundesweit und branchenübergreifend operierendes Institut wirklich eine einzigartige, verantwortungsvolle Stellung.
Strukturpolitik ist besonders für Frauen wichtig. Wir brauchen Freiräume, dort, wo unsere Startbedingungen schlechter sind, auch Privilegien. Mögliche Forderungen wären, einen besonderen Fonds für Frauenbetriebe oder Ausbildungsprogramme für Frauen einzurichten, einem Frauenbetrieb gegenüber einem Männerbetrieb derselben Branche Vorzug zu geben oder günstigere Bindungen einzuräumen. Forderungen, die in derselben Konsequenz übrigens auch an staatliche Stellen und die nicht-selbstverwaltete Wirtschaft zu richten sind! Auf dem Papier mag das noch angehen, aber in der Realität wird es hart werden. Es ist wichtig, die Weichen für diese politischen Entscheidungen in der Ökobank rechtzeitig zu stellen. Das ist zur Zeit noch durchaus möglich. Alle Diskussionen sind noch offen, weder der Förderkatalog noch das Bankkonzept sind abgeschlossen.

Problem: Genossenschaften und Verein

Die Ökobank soll bekanntlich eine Genossenschaftsbank werden. Die Gründe dafür sind in beliebiger Reihenfolge: 1. Es ist relativ einfach, Genossenschaftsanteile auszugeben und zu erwerben (verglichen mit der Ausgabe von Aktien); 2. Genossenschaften haben eine relativ demokratische Verfassung; 3. das „Eine-Person-Eine-Stimme"-Prinzip bedeutet eine gewisse Kapitalneutralisierung (zumindest können aus Eigentum an Genossenschaftsanteilen keine dominierenden Machtansprüche abgeleitet werden); 4. Genossenschaften haben traditionell Selbsthilfecharakter (sie entstanden im 19. Jhdt., als kleine Handwerker sich gegen die Industrialisierung zusammenschlossen). Der Gründungsprozeß der Bank stellt sich so dar, daß eine große Menge Menschen — animiert durch den Verein der Freunde und Förderer der Ökobank und seine Ziele — ihr Geld investieren, Genosse/in werden dann vielleicht noch einen Vertreter in die Vertreterversammlung wählen und ansonsten die Mitglieder des Ökobankvereins mit dem Geld, das zur Förderung zur Verfügung gestellt und erwirtschaft wird, arbeiten lassen (wobei die von den Genossen/innen gewählten Bankgremien nur die abschließende betriebswirtschaftliche Prüfung übernehmen). Allerdings sollen alle Vereinsmitglieder auch Genossen/innen sein.
Der Grund für die Doppelgleisigkeit liegt vermutlich darin, daß die Ökobankgründer die Genossenschaft eher als Finanzierungsform denn als Selbsthilfeeinrichtung begreifen — und damit voll auf der Linie des Bundesverbandes der Volks- und Raiffeisenbanken liegen, der sich so sehr gegen eine alternative Bank wehrt: Die Genossen/innen werden als Investoren betrachtet, die an der Bankpolitik nicht weiter interessiert sind. Stimmt das für die Ökobank?

. . . und die Zinsen?

Warum wird eine Frau/ein Mann ihr/sein Geld in Genossenschaftsanteilen der Ökobank anlegen und/oder ein Sparbuch dort unterhalten? Weil sie/er die Förderung von selbstverwalteten Betrieben und ökologischen Projekten unterstützen will. Wenn sie/er aber die üblichen Zinsen auf ihr/seine Einlagen erhält, bleibt der Förderungsspielraum, der ja in einem geringen Kreditzins besteht, recht klein. Die Ökobank will deshalb die Möglichkeit anbieten, auf Dividende (für Genossenschaftsanteile) und

Zinsen (für Sparguthaben) zu verzichten. Dies zu tun, wäre eine politische Entscheidung und ein gehöriger Schritt weg von der Mentalität, Geld einfach irgendwo zu parken. Es bedeutet unter Umständen einen recht hohen Konsumverzicht. (Beispiel: DM 50.000 zinslos statt für 3 % auf einem gewöhnlichen Sparbuch oder für 6 % langfristiger anzulegen, heißt bei einer Laufzeit von 10 Jahren, daß der Ökobank ca. DM 17.000 bzw. DM 40.000 für die Förderung zur Verfügung gestellt werden. Es bedeutet auch, daß die- oder derjenige ein bis drei Jahre weniger von ihrem/seinem Ersparten leben kann, mal unterstellt, es wird für die Altersvorsorge zurückgelegt.) Denn Sparkapital, zu guten Zinsen angelegt, kann die Grundlage zu einem Projekt, einer Ausbildung, angenehmerem Alter oder anderer Bedürfnisbefriedigung sein. Und solange wir diese Bereiche noch nicht durch kollektive Lösungen abgedeckt haben, müssen wir uns mit individuellen beschäftigen.
Die Ökobank biete *eine* solche kollektive Lösung an: Geld für eine Existenzgründung, notwendiges Betriebskapital für eine ökologische/selbstverwaltete Wirtschaft muß nicht mehr unbedingt durch individuelles Horten und Sparen beschafft werden. Es kann als Kredit der Ökobank, durch Direktkreditvermittlung oder Spenden aus alternativen Fonds beschafft werden. Obwohl natürlich noch längst nicht alle Bedürfnisse auf diese Weise abgedeckt werden können, heißt es doch, daß Geld aus Zusammenhängen beschafft werden kann, die das Betriebsvorhaben auch politisch befürworten und es nicht — wie die herkömmlichen Banken — ausschließlich herleihen, um Gewinne aus den Zinsen zu erzielen. Das die Ökobank auch Zinsen erheben wird, ist in diesem Zusammenhang zu sehen. Die Zinserträge fließen zum Teil wieder in neue (Förder)kredite, zum Teil dienen sie zur Deckung der Betriebskosten der Bank. Die Betriebe finanzieren also andere alternative Unternehmen und die Ökobank als Vermittlerin dieser Transaktionen mit ihren Zinszahlungen. Daß ein Teil auch als Dividende und Habenzinsen an Sparer/innen geht, halte ich nach wie vor für gerechtfertigt, weil es sehr viele Bereiche gibt, in denen noch keine kollektiven Modelle entwickelt wurden (wie z.B. für die schon erwähnte Ausbildung oder Alterssicherung). Die Entscheidung, auf diese Habenzinsen zu verzichten und sich so an der Förderung der Betriebe und den Betriebskosten des Bankprojektes zu beteiligen, steht ja jeder offen.

Frauen und alternative Wirtschaft

Eine Frage stellt sich natürlich in diesem Zusammenhang: inwieweit sind Frauenprojekte und Frauenbetriebe Teil des alternativen Wirtschaftssektors. Von bürgerlichen Ökonomen werden sie — falls sie wahrgenommen werden - dort untergebracht und mit Recht. Selbstverwaltung und ökologische Produktion, nimmt frau die einmal als Kriterien für Alternativität, sind feministische Prinzipien, und Betriebe, die danach handeln, sind in diesen Punkten potentielle Bündnispartner in einem kapitalistischen System. In soweit halte ich es für gerechtfertigt, in ein wechselseitiges Unterstützungssystem, wie es die Ökobank ist, hineinzugehen, auch wenn es bedeutet, daß wir uns dort — wie anderswo auch — mit patriarchalen Strukturen auseinandersetzen müssen. Einmal ganz pragmatisch: solange wir Banken benutzen müssen, ist es besser, eine Bank zu nehmen, die zumindest Ansätze feministischer Ideen verwirklichen will und in der wir politisch leichter Einfluß nehmen könnte.

Selbsthilfe

Alles in allem ist die Ökobank eine Selbsthilfe-Institution aller, die sich daran beteiligen. Für die Kreditnehmer (der Förderkredite), die ökologischen und selbstverwalteten Betriebe, ist das unmittelbar einsichtig. Aber auch die Genossinnen und Genossen

schaffen sich auf diese Weise Lebensbedingungen, von denen sie unmittelbar profitieren werden: die Versorgung mit gesunden Lebensmitteln kann auf diese Weise verbessert werden, um nur ein Beispiel zu nennen. Aber auch so grundsätzliche Auseinandersetzungen wie um die Aufhebung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit haben mittelbaren Nutzen auch für diejenigen, die noch in traditionellen Zusammenhängen arbeiten. Ich vermute, daß, je mehr sich die Erkenntnis durchsetzt, auch das Interesse aller Genossinnen und Genossen an den politischen Entscheidungen der Ökobank wachsen wird. Ich halte das für sehr begrüßenswert. Momentan scheint mir die Organisation der Ökobank sehr an den Interessen der Kreditnehmer ausgerichtet. Die Interessen von Geldgeber/inne/n und Sparer/inne/n sind bisher kaum thematisiert worden.

Frauen und Ökobank

Die Frage war, ist die Ökobank, die sich als „Bank der Bewegung" bezeichnet, auch eine Bank für die Frauenbewegung. Die Frage läßt sich nicht eindeutig beantworten. Ihrem *Anspruch* nach ja — allerdings hat der Verein es geschafft, sich anderthalb Jahre lang auf Bundesebene als reiner Männerverein zu präsentieren, obwohl in Regional-, Landes- und Fachgruppen Frauen mitgearbeitet haben. Auf der Mitgliederversammlung im September 1985 wurden jedoch einige strukturelle Veränderungen beschlossen, die die Mitwirkungsmöglichkeiten auch für Frauen verbessern: Dem geschäftsführenden Vorstand aus acht Personen bestehend gehören vier Frauen an. Ein Delegiertenrat aus etwa 40 Personen soll paritätisch mit Vertreterinnen und Vertretern der Regionen und Länder besetzt werden. Überhaupt war die konstruktive und sachbezogene Arbeit der Frauen auf dieser Mitgliederversammlung ein wohltuender Kontrast zu den ärgerlichen und destruktiven Hahnenkämpfen mancher Männer. Die Ökobank wird, wenn sie zustande kommt, ein großer Machtfaktor sein. Die alternative Bewegung in ihrer ganzen Vielschichtigkeit hat sich bisher meist nach den Prinzipien von Regionalität und Gleichrangigkeit entwickelt. Die Ökobank dagegen operiert bundesweit. Zwar sind die Kreditvergabebeiräte in der Region angesiedelt, aber Strukturpolitik kann definitionsgemäß nicht regional betrieben werden. Dies ist neben persönlicher Unzulänglichkeit und geschlechtsspezifischem Verhalten ein Grund, warum Auseinandersetzungen im Ökobankverein mit einer solchen Härte geführt werden.

Die verstärkte Repräsentanz von Frauen macht aus der Ökobank noch keine Bank der Frauenbewegung. Das ist auch gar nicht beabsichtigt. Die Ökobank wird eine Bank für friedliebende, umweltbewußte Menschen und alternative Unternehmerinnen und Unternehmer sein — und *in soweit* sind Frauen angesprochen. Verglichen mit den verkrusteten Strukturen aller anderen Banken, um die sich der größte Teil von uns nie gekümmert hat, obwohl wir dort Konten unterhalten (!), ist eine Alternativbank zu begrüßen, die uns zumindest die Möglichkeit gibt, auf ihre Struktur und Politik Einfluß zu nehmen. Die Frauenbewegung sollte auch aktiv in die Diskussion um alternative Wirtschaftsformen, wie sie im Umfeld der Ökobank stattfinden wird, eingreifen. Eine Bank ist m.E. kurz- und mittelfristig eine sinnvolle Einrichtung, weil sie finanzielle Mittel erschließt, die anders nicht zu erreichen wären. Sie ist aber auch durch rechtliche Vorschriften und wirtschaftliche, kapitalistische Zwänge sehr eingeschränkt in ihrem Handlungsspielraum. Außerdem sollte frau und man nicht übersehen, wie anfällig wir für die Faszination von Geld und Macht sein können. Langfristig werden wir uns deshalb sicherlich etwas anderes einfallen lassen müssen.
Eine Frauenbank ist nicht die Alternative! Sie wäre eine Ökobank in lila, denselben Zwängen unterworfen. Der einzige Unterschied wären zwei Bankdirektorinnen und ca. 10 bis zwanzig Arbeitsplätze für Frauen. Autonome Organisation ist nicht möglich, da eine Bank der direkten Kontrolle durch Prüfungsverbände etc. unterliegt.

Doppelstrategie

Trotz allem Positiven, das zur Ökobank zu sagen ist und obwohl ich es für wichtig halte, in einem solchen ,,gemischten" Projekt zu arbeiten und einen feministischen Standpunkt zu vertreten, — die Ökobank wird für uns Frauen in Sachen Geld und Projektfinanzierung nur *ein* (Neben)schauplatz sein. Ich halte es für sehr wichtig, daß wir anfangen, eigene, große Finanzierungsnetze aufzubauen, bzw. die schon vorhandenen auszubauen, um eine unabhängige Politik machen zu können.

Feminist Credit Union

Mitte der 70er Jahre wurden in den USA feministische Kreditgenossenschaften gegründet. Das ist dort wesentlich einfacher als hier in der BRD. Es ist ein geringeres Eigenkapital erforderlich, die Leitung der Credit Union erfolgt durch ein aus den Reihen der Mitglieder gewähltes, unbezahlt arbeitendes Direktorium, das bezahlte Fachkräfte einstellen kann.
,,Die Massachussets Feminist Federal Credit Union ‚recycled' Geld. Feministinnen und Feministen (feminists), die ihr Geld nicht sofort ausgeben wollen, können Zinserträge erzielen, indem sie es an andere ausleihen.
Bestimme über dein Geld — Jedes Mitglied der MFFCU kann bei politischen Entscheidungen mit abstimmen.
Spare Geld — Wir zahlen Dividende (Zinsen) abhängig von unseren jährlichen Gewinnen bis zu 7 % pro Jahr.
Leihe Geld — Uns interessiert, ob du deine Schulden zurückzahlen kannst, nicht dein Geschlecht oder ob du verheiratet bist. Wir geben Kredite zu höchstens 1 % pro Monat (entspricht 12 %effektivem Jahreszins) und berechnen im Unterschied zu anderen Banken die Zinsen nur für den noch ausstehenden Rückzahlungsbetrag. Warum eine Feministische Kreditgenossenschaft? Frauen können ihr eigenes Geld kontrollieren. Eine Kreditgenossenschaft gibt ihren Mitgliedern die Möglichkeit dazu. Die MFFCU umgeht einen Großteil des Bankestablishments, das Frauen oft diskriminiert bei Einstellung, Aufstiegsmöglichkeiten und Geschäftspolitik. Viele Menschen wollen ihr Geld nicht in einer Bank deponieren, die Investitionen macht, die sie ablehnen.
Viele Frauen sind kreditwürdig, haben aber Schwierigkeiten, Darlehen zu bekommen, weil sie geschieden sind, ein niedriges Einkommen haben oder einfach weil sie Frauen sind. Anders als in einer gewöhnlichen Bank leihen wir gern kleine Beträge aus und leihen Geld aus Gründen, die für viele Bankbeamte nicht akzeptabel wären. Wir erwarten zwar den Nachweis der Rückzahlungsfähigkeit, begrüßen aber Kreditanträge jeder Art." (Aus einer Broschüre der Feminist Credit Union in Cambridge, MA, 1979)

Über das Schicksal der MFFCU, deren Flugblatt ich zufällig 1979 in einem Frauenbuchladen in Boston fand, habe ich leider nichts herausfinden können. Über eine Feminist Credit Union in San Francisco schrieb eine Freundin: ,,. . . das einzige was ich sagen kann ist, daß es eine gab, die wahrscheinlich 2 oder 3 Jahre existierte — wir *vermuten* von 1977 bis 1980. Eine Frau deren Freundin Mitglied war, sagte, sie hätte gehört, daß die CU schließen mußte, weil sie ,,zu gut war", daß heißt, es wurden viele großzügige Darlehen an Frauen vergeben, die diese wirklich brauchten, aber nicht zurückzahlen konnten, weil die Frauen nur schlecht bezahlte Jobs hatten. Sie vermutet auch, daß Frauen mit Geld zögerten, es dort zu investieren, weil sie nicht glaubten, daß Frauen gut damit umgehen könnten. Das Dilemma ist klar: eine Bank kann soziales Verhalten nur in sehr eingeschränktem Maße praktizieren, will sie nicht ihre Existenz aufs Spiel setzen und damit eine Möglichkeit, Kredite zu vergeben. Die ,,einfacheren" Bankgesetze in den USA erlauben zwar eine unkompliziertere Gründung, schützen aber auch weniger vor Pleiten. Jede/r ist für sein/ihr Glück genau so verantwortlich wie ihr/sein Schei-

tern, Reagan ist nur ein Exponent dieser Auffassung, die sich in der US-Wirtschaft an allen Ecken wiederfinden läßt und es alternativen und sozialen Initiativen ungeheuer schwer macht.

Mama Cash, Niederlande

„Die Stifung Mama Cash wurde Ende 1982 von fünf Frauen gegründet, die sie auch gemeinsam verwalten. Aus dem Namen wird bereits deutlich, daß es hier einmal nicht um eine Stiftung geht, die — wie fast alle feministischen Stiftunen — zur Realisierung ihrer Ziele vom Geld anderer abhängt(Staat oder Private). Mama Cash verfügt selber über Geld in Form eines Zinseinkommens aus einem Kapital, das sie ausgeliehen haben. Das Jahreseinkommen aus diesem Kapital, über das Mama Cash verfügen kann, beträgt ungefähr 200.000,— Gulden. Ein Tropfen auf den heißen Stein aber — vorausgesetzt er wird richtig eingesetzt — sehr willkommen.
Entsprechend ihrer Statuten ist das Ziel von Mama Cash: „Die Förderung der Emanzipation und des Feminismus auf jede mögliche Weise." Diese formelle und allgemeine Zielvorgabe bedeutet in der Praxis, daß Mama Cash feministische Projekte und Initiativen unterstützen und anregen wird. Besonders solche Initiativen, die bei offiziellen Instanzen kein Gehör finden, weil sie für nicht wichtig gehalten werden, zu eigenwillig, zu ausgefallen oder staatsbedrohend sind.
Mit aller Deutlichkeit: Mama Cash will — auch in Einsparungszeiten — auf keinen Fall Aufgaben des Staates übernehmen.
Bei der Verwendung des jeweiligen Betrages haben wir uns für eine Aufteilung nach drei Kategorien entschieden: Frauenbetriebe, Frauenkultur und Frauen in der Dritten Welt. Für jede Kategorie gelten andere Kriterien bei einem Antrag auf finanzielle Unterstützung. Obwohl diese Kriterien noch ständig weiterentwickelt werden, hat Mama Cash für die verschiedenen Kategorien doch einige feststehende Ausgangspunkte:
Frauenbetriebe: (Für diese Kategorie stehen jährlich ± 100.000,— Gulden zur Verfügung.) Kommerzielle Kreditinstitute haben im allgemeinen nicht viel Vertrauen in die Kombination: Geschäfte und Ideologie. Das haben unter den Frauen schon viele enthusiastische kleine Kollektive erfahren. Einsatz und Solidarität sind nun mal keine Dinge, die du auf einen Betriebskostenvoranschlag setzen kannst. Mama Cash will solche Faktoren sehr wohl bei der Beurteilung einer Anfrage berücksichtigen. Das bedeutet aber nicht, daß wir keine Anforderungen stellen: es muß eine gute finanzielle Basis da sein, um eine Investition verantworten zu können.

— Das Produkt oder die Dienstleistung muß einigermaßen im Bereich der Frauenbewegung liegen;

— oder der Betrieb muß in einem Gebiet arbeiten, das bis jetzt von Frauen noch nicht betreten wurde;

— aus der Betriebsform muß klar hervorgehen, daß kollektive Verantwortung gewollt wird (Kollektiv, Stiftung, Verein o.ä.);

— falls möglich soll der Betrieb Löhne zahlen.

Diese Punkte gelten sowohl für bestehende wie für neue Betriebe.
Frauenkultur: (Für diese Kategorie stehen jährlich ± 50.000,— Gulden zur Verfügung.) Die Projekte können sich auf das gesamte Gebiet von Kunst und Kultur beziehen, wie z.B. Feste und Festivals, Aktionen, Publikationen, Filme, Musik und Theater. Mama Cash will prinzipiell keine Projekte und Bildungseinrichtungen im Bereich anerkannter Sozialhilfe bezuschussen, weil sie das für eine Aufgabe des Staates hält. Die Projekte müssen eine angemessene Verbreitung haben (z.B. wird die Anfrage auf Zuschuß für einen Film nur bearbeitet, wenn es von vorneherein klar ist, daß der Film auch einen Verleih haben wird).

Frauen in der Dritten Welt: (für diese Kategorie stehen jährlich ± 50.000,— Gulden zur Verfügung.) Mama Cash bemüht sich, autonome Frauenprojekte, die außerhalb der bestehenden Subventionsströme liegen, zu unterstützen. Aus dem Antrag muß hervorgehen, daß das Geld der Frauengruppe in dem betreffenden Land direkt zugute kommt.
Für einzelne Frauen stehen auch Stipendien zur Verfügung (maximal eins pro Jahr).
Mama Cash kann finanzielle Unterstützung geben durch:
1. Die Vergabe von Darlehen an Frauenbetriebe. Auch kurzfristige Kulturprojekte können für Darlehen in Frage kommen. Für alle Darlehen gilt, daß die Zinsen und Fälligkeiten in Absprache festgelegt werden.
2. Die Vergabe von Zuschüssen an kulturelle Projekte und Projekte in der Dritten Welt.
3. Mama Cash kann auch Bürgschaften übernehmen für einen Betrieb oder ein Projekt.
Hinsichtlich aller Anträge gilt, daß die bestehenden Subventionsmöglichkeiten, staatliche und private, untersucht und ausgeschöpft sein müssen. Eventuelle Abneigungen der Antragstellerinnen gegen staatliche Subventionen werden von Mama Cash nicht geteilt."
Es ist mir nicht bekannt, woher genau, das Eigenkapital von Mama Cash stammt, es ist aber eigentlich egal, ob es geerbt oder im Lotto gewonnen wurde. Interessant an diesem Projekt ist, daß es aufgrund dieser Art von Kapitalausstattung auch Spendenzuschüsse an Projekte geben kann, die aus den Förderkriterien z.B. der Ökobank herausfallen. Die Voraussetzung dafür ist natürlich, daß das Kapital „gut" angelegt ist, d.h. langfristig und mit hohen Zinsen. Wenn das dann noch bei einer Bank geschieht, deren Politik akzeptabel ist dann halte ich das für ein sehr interessantes Modell. Die Rechtsform der Stiftung — in den Niederlanden sehr üblich bei alternativen und Frauenprojekten — unterliegt auch nicht den Beschränkungen wie eine Bank. Allerdings gibt es in der BRD das Problem, daß alle Kreditgeschäfte, die zusammen den Umfang einer Million DM überschreiten, unter die Beschränkungen des KWG (Gesetz über das Kreditwesen) fallen und dann z.B. zwei hauptamtliche Direktoren erfordern. Das wäre ein Punkt, der gegen große überregionale Frauennetzwerke spräche, wenn gewährleistet werden kann, daß Kredite, die die Kraft eines lokalen Netzwerkes überschreiten, von mehreren Netzen gemeinsam geleistet werden können.

Fonds BV (stichting fonds voor bedrijven van vrouwen/Stiftung Fonds für Frauenbetriebe), Niederlande

„Erfahrungen von Frauenbetrieben haben gezeigt, daß sie in der Startphase kaum mit finanzieller Unterstützung rechnen können. Die Schwelle der Bank ist zu hoch; Frauen passen nicht in die gängigen betriebswirtschaftlichen Kriterien der Banken. Staatsgelder für Frauenbetriebe gibt es nicht, für das Wirtschaftsministerium haben wir keine Priorität. Das Emanzipationsministerium gibt ein Trinkgeld von weniger als 500.000,— Gulden für Frauenbetriebsinitiativen. Wir wollen, daß die Hälfte der Milliarden für Arbeitsbeschafftung Frauen zugute kommt. Aber wir warten nicht. Die Stiftung Fonds BV wurde (1983) gegründet, um mehr Frauenbetriebsinitiativen realisieren zu können. Wir wollen diesen Fonds aus Geld von allen denjenigen bilden, die wollen, daß Frauen Betriebe gründen und leiten. Deshalb fordern wir Sie dringend auf, dem Fonds BV Geld zu geben oder zu leihen.
Wir wollen erreichen, daß

— Frauen dadurch, daß sie Geld (aus)leihen, sich aktiv einsetzen, um dem Abbau von bezahlten Frauenarbeitsplätzen entgegenzutreten;

— Frauen unter Arbeitsbedingungen, die den Hintergrund und die Stellung von Frau-

en berücksichtigen, gemeinsam Betriebe aufbauen können;

— Frauen ihre Erfahrungen im Organisieren und Finanzieren in ihren eigenen Betrieben anwenden;

— ein Frauen-Geld-Umlauf entsteht;

— ein Kreislauf von Ideen, Produkten und Geld zustande kommt.

Fonds BV wird durch fünf Frauen verwaltet, die Vertreterinnen von Gruppen sind, die Frauenbetriebe unterstützen oder gründen. Sie werden kontrolliert durch einen Aufsichtsrat. Eine finanzielle Kontrolle durch einen Wirtschaftsprüfer findet jährlich statt. . . . (Es gibt ein Unterstützerinnenkommitee, in dem je eine Vertreterin aller Parteien von der kommunistischen bis zur christlich-demokratischen und andere Persönlichkeiten sitzen, Anm. d. Übers.).
Wie wirst du ‚Freundin' des Fonds?
1. Durch eine einmalige Geldspende. 2. Durch eine der folgenden Darlehensformen: a) Eine 4 %ige Obligation. Es können 250/500/1.000 Gulden gezeichnet werden. Die Tilgung erfolgt durch Auslosung in 10 jährlichen Terminen frühestens 5 Jahre nach der Zeichnung. b) Darlehen zu bestimmten individuell ausgearbeiteten Bedingungen. 3. Durch Übertragung von wertvollem Besitz wie Goldschmuck, Sammlungen, Überlassen von Autorenrechten oder Erbschaften.
Alle Freundinnen erhalten jährlich eine Übersicht über die Aktivitäten des Fonds.
Wenn du kein Geld hast, wirst du Freundin des Fonds, indem du mit anderen Frauen einen guten Plan für einen Betrieb aufstellst und einen Kreditantrag stellst. Reiche deinen Antrag schriftlich ein zusammen mit einem Kostenvoranschlag und einer Gewinnerwartungsprognose. Daraus soll hervorgehen, daß du den gesamten Betrag zurückzahlen kannst. Außerdem ein Begleitschreiben, in dem du den Kreditantrag begründest. Informationen über den Betrieb, Ziele, Form der Zusammenarbeit und andere schöne Geschichten. . . .
Die Kreditbedingungen werden in Absprache festgelegt. Betriebe, die Geld leihen, verpflichten sich, jährlich über den Stand der Dinge in ihrem Betrieb zu berichten (für die jährlichen Informationen an die Freundinnen des Fonds)." Alle Übersetzungen von mir, zusammengestellt aus Informationsbroschüren, Fonds BV, leicht gekürzt.)

Interessant scheint mir hier, das konsequent versucht wird, die Geldgeberinnen außerhalb des engeren Kreises der feministischen Bewegung zu suchen und ein Finanzierungsinstrument anzubieten, daß dort auch anspricht. Fonds BV und Mama Cash verstehen sich im übrigen nicht als Konkurrenz und wollen ihre Zusammenarbeit verstärken.

Autorinnen

Ute Annecke, 35 Jahre, Studium der Theater-, Film- und Fernsehwissenschaften, Philosophie und Sozialwissenschaften, arbeitet als bezahlte Redakteurin bei den „beiträgen".

Adelheid Biesecker, 43 Jahre, Hochschullehrerin für ökonomische Theorie im Fachbereich Wirtschaftswissenschaft der Universität Bremen. Arbeitsschwerpunkte: Werttheorie, Kapitalanalyse, Staatstheorie, feministische Theorientwicklung.

Marita Blauth, 28 Jahre, Dipl. Sozialpädagogin, arbeitet z.Zt. in einer Frauenberatungsstelle in Bonn. Politische Arbeit in Arbeitsloseninitiative. Frauengruppe. WG. Aus Überzeugung kinderlos. Aus Überzeugung parteilos. Journalistisch tätig im Bereich: Arbeit, Soziales, Frauen.

Angelika Blickhäuser, 31 Jahre, Diplomhandelslehrerin und Diplomvolkswirtin, seit 1981 mit Unterbrechungen erwerbslos, seit 1982 unbezahlte Arbeit in der Initiative „Frauen gegen Erwerbslosigkeit", Lehrauftrag an der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Köln.

Birgit Cramon-Daiber, geboren 1944, Diplompädagogin und ehemalige Sekretärin, Beirätin und aktiv im Büro „Goldrausch".

Ingrid Düßmann, 33 Jahre, 1969—81 Ausbildung und Berufstätigkeit als Speditionskaufmann, z. Zt. Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Bremen, zukünftiger (Wunsch)arbeitsbereich: Journalismus.

Helga Grubitzsch, geboren 1943, studierte Romanistik, Latein und Psychologie (Promotion 1970). Während ihres Studiums arbeitete sie als Serviererin, Reiseleiterin und Dolmetscherin, danach als Lehrerin an Volkshochschule und Gymnasium. Sie lehrt seit 1971 an der Universität Bremen, erst als Assistenzprofessorin, dann als Professorin auf Zeit für französische Literaturwissenschaft und Didaktik, seit Mai 1983 als Dozentin für Literatur und Sozialgeschichte der Frau.

Lu Haas, 41 Jahre, Soziologin, seit 1969 Lehr- und Forschungstätigkeit an den Universitäten Frankfurt und Göttingen zu Sozialisation, Beruflicher Bildung im gewerblichen und kaufmännischen Bereich und Frauenthemen (besonders zum Zusammenhang von Frauenarbeit und normativen Orientierungen von Frauen). Mitbegründerin der „Frankfurter Frauenschule"; Initiatorin des Projekts „Frauenbetriebe": seit 1984 Konzeption, Durchführung und wissenschaftliche Begleitforschung für das Projekt „Frauenbetriebe".

Béatrice Hecht-El Minshawi, geboren 1947, hat als Krankenschwester 1968—1969 in Vietnam und 1970—1972 in Afghanistan gearbeitet. Anschließend studierte sie Sozialpädagogik und arbeitete nach der Diplomprüfung beim Senat der Stadt Bremen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Durch die Ehe mit einem Ägypter und mehrere Reisen in arabische Länder gewann sie Einblick in die Lebenssituation der Frauen im islamisch-arabischen Raum. Sie beschäftigt sich seit längerer Zeit mit den psychischen Faktoren von Personen, die in zwei oder mehreren Kulturen leben und ist kritisches Mitglied der IAF (Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen). Sie arbeitet z. Zt. an einer Untersuchung über die Entstehung von bi-kulturellen Partnerschaften.

Heidi Heinisch, geboren 1941, Literaturarchäologin und ehemalige Kauffrau, Mitbegründerin und aktiv in Vorstand und Büro bei „Goldrausch".

Dörthe Jung, 36 Jahre, Diplomsoziologin (.u.a. Mitarbeit in einem Projekt Frauen in Männerberufe), Mitbegründerin und langjährige Mitarbeiterin in einem Frankfurter Frauenzentrum. 1979 Mitbegründerin des Vereins „SFBF/Frankfurter Frauenschule", dort seit mehreren Jahren vollauf beschäftigt.

Barbara Kavemann, geboren 1949, Sozialwissenschaftlerin und ehemalige Einzelhandelskauffrau, Mitbegründerin und aktiv im Vorstand, Arbeitsgruppe bei „Goldrausch" und der Redaktion „Blattgold".

Barbara Köster, 38 Jahre, einen 7jährigen Sohn, Diplomsoziologin. Langjährige Erfahrung in der Frauenbewegung. Seit 1985 halbtägige Mitarbeit in der „Frankfurter Frauenschule".

Agnes Lewe, 32 Jahre, nach langjähriger Arbeit in einem Frauenbetrieb Studium der Volkswirtschafts- und Genossenschaftslehre. Aktivitäten: Frauenselbstverteidigung, Lesbenring, Ökobank.

Dorothea Mey, geboren 1945, 2 Kinder, Staatsexamina in Mathematik und Französisch, wissenschaftliche Assistentin von 1972—1977 an der TU Berlin (Romanistik), z.Zt. Arbeit mit einem schwer hörbehinderten Schüler der 10. Klasse eines Gymnasiums. Vor kurzem Dissertation: „Die Liebe und das Geld" (über die Veränderung der Vorstellungen von „Liebe" im Zuge der Industrialisierung in Frankreich) abgeschlossen.

Maria Mies, 54 Jahre, Professorin für Soziologie am Fachbereich Sozialpädagogik, FH Köln, Arbeitsschwerpunkte: Frauen in der Dritten Welt, feministische Theorie und Methodologie. Von 1979 bis 1981 Aufbau des Schwerpunktes: „Women and Development" am Institute of Social Studies, Den Haag.

Monika Molter, 32 Jahre, Diplomsoziologin, seit 1981 mit kurzen Unterbrechungen erwerbslos, seit 1982 unbezahlte Arbeit in der Initiative „Frauen gegen Erwerbslosigkeit", die seit Mitte 1984 in Form einer ABM-Stelle bezahlt wird.

Astrid Osterland, 40 Jahre, Diplom-Sozialwirtin, promovierte nicht unabhängig von biographischen Aspekten und feministischen Interessen zum Thema der Geschlechtsdifferenzen und ihrer politischen Implikationen. Als Grenzgängerin zwischen Politik und Wissenschaft will sie das eine nicht vom anderen trennen und mischt sich mit Wort und Tat in die Auseinandersetzungen ein.

Barbara Rendtorff, 34 Jahre, einen 5jährigen Sohn. Nach dem Studium (Dr. phil., dipl. soz. und Lehrerin) und langjähriger Mitarbeit in der Frauenbewegung 1979 Mitbegründerin des Vereins „SFBF/Frankfurter Frauenschule", seitdem dort kontinuierlich tätig.

Claudia Roth, 30 Jahre, Ethnologin, arbeitet jetzt als Journalistin. Interessenschwerpunkte: Frauen, Gen- und Fortpflanzungstechnik, Bevölkerungspolitik, Zusammenhang von sogenannter Erster und Dritter Weltproblematik.

Brunhilfe Sauer-Burghard, 42 Jahre, Studium der Soziologie, Sozialpsychologie, Sozialpolitik, Volkswirtschaft und Jura, Akademische Oberrätin an der Universität

Köln, Arbeitsschwerpunkte: Sozio-historische Frauenforschung, geschlechtliche Arbeitsteilung und geschlechtsspezifische Sozialisation.

Irmgard Schultz, 36 Jahre, seit 4 Jahren im Frankfurter Frauenbuchladen, z.Zt. erwerbslos, 1 Jahr in Mexiko gelebt, jahrelang Referentin für politische Jugendbildung gewesen, Arbeits- und Interessenschwerpunkt: feministische Geldtheorie.

Claudia von Werlhof, 42 Jahre, einen Sohn von 3 Jahren, studierte Volkswirtschaft und Soziologie, arbeitet als wissenschaftliche Assistentin an der Fakultät für Soziologie an der Universität Bielefeld. Habilitierte sich 1984 in Politikwissenschaft, Privatdozentin im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften an der Universität Frankfurt, Arbeits- und Interessenschwerpunkte: feministische Gesellschaftstheorie und Frauenarbeit, Frauen in der Dritten Welt.

Christa Wichterich, 36 Jahre, Soziologin und Germanistin, nach mehrjährigem Arbeitsaufenthalt in Indien z.Zt. freiberufliche Journalistin, Schwerpunktthema: Frauen in der Dritten Welt.

Susanne Zeller, 34 Jahre, Sozialarbeiterin und Erziehungswissenschaftlerin, promoviert in Geschichte der Sozialarbeit und Frauenerwerbsarbeit in der Weimarer Republik an der TU Berlin.